

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Ratskolleg:innen,

die kommunalen Kassen sind seit Jahren angespannt. Pandemie, Krieg in Europa, Inflation, Stagnation in der Wirtschaft, die Kosten steigen stärker als die Einnahmen, das Finanzierungsdefizit steigt – auch im Bund und im Land. Mein Dank gilt vor diesem Hintergrund der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltes und Herrn Grote für die kurzweilige Einbringung, die ja darauf ausgelegt war, eine Reaktion hervorzurufen.

Die will ich gern liefern, aus Landes- und kommunaler Sicht. Dass die Kreisebene als größter Kostenfaktor sich hier wie immer drückt, nehme ich zur Kenntnis, komme aber darauf zurück. Sodann zum Land, dass an allem Ungemach Verantwortung trage, zuvorderst weil der kommunale Finanzausgleich in Niedersachsen besonders niedrig sei. Dabei wissen hier auch alle Verantwortlichen, dass der gar nicht vergleichbar ist, weil Niedersachsen wesentliche Punkte außerhalb des Finanzausgleichs direkt an die Kommunen überweist. Die aktuellsten Zahlen aus 2023 weisen eine Kommunalquote von 33,9% aus, jeder dritte Euro geht an die Kommunen, damit liegt Niedersachsen sogar leicht oberhalb des Durchschnitts der westdeutschen Flächenländer.

Auch in Bovenden kommen große Beträge an, aber dann greift der Landkreis konstant kräftig zu, obwohl die Überprüfung des Finanzausgleichs gerade erst gezeigt hat, dass die Landkreise über viele Jahre zu Ungunsten der Gemeinden bevorteilt wurden. Hier sitzt der Mehrheitsgruppenführer im Kreistag im Raum und ein Landratskandidat, Herzlichen Glückwunsch, vielleicht spricht man beide mal an, warum Bovenden ins Defizit geht, während der Landkreis teure Wahlkampfversprechen von Dr. Heinze aufruft. Ich gönne Adelebsen den Schwimmcontainer, aber zur Ehrlichkeit gehört dazu, das Geld dafür stammt auch aus Bovenden.

Kommen wir zur Forderung, es müsse eine Milliarde mehr in den Finanzausgleich. Das lehnen wir in Hannover ganz bewusst ab, weil es in einem Flächenland vor allem die reichen Kommunen stärkt. Deshalb gibt das Land Mittel lieber in direkte Zahlungen und bei Bedarf an herausfordernde Kommunen. Warum die CDU gestern im Innenausschuss gegen eine jährliche Aufstockung der Bedarfszuweisung für besondere Härten stimmte, ihr Geheimnis.

Kommen wir zu den Investitionen, hier geht Bovenden seit Jahren voran. Und das Land? Geht selbst an sein Limit, geht an die Rücklagen, nimmt Kredite auf und reicht sie an die Kommunen durch, als erstes Bundesland. Hinzu kommt, dass Bund und Land die Kosten des Investitionsboosters tragen, die Herr Grote ansprach. Mindestens 60% der Mittel aus dem Sondervermögen plus weitere 5 Milliarden Sofortprogramm ergibt überdies mit 14,45 Mrd das größte Kommunalpaket in der Geschichte des Landes.

Ermöglicht wurde dies auch durch die 500 Milliarden für zusätzliche Investitionen, die wir Grüne dem Bund übergeholfen haben. Nur dass CDU und SPD im Bund das ganze schöne Geld in Pendlerpauschalen, Mütterrente, Spitzenverdiener und Wahlkampfversprechen stecken,

die nie finanziert waren. Geld, dass dem Land und den Kommunen fehlt. Wie bei der Sportmilliarde, die gedrittelt wurde und wie bei der Spitzensportförderung, die weder Land noch ländlichem Raum zu Gute kommt, während wir als Land das Sportstätteninvestitionsprogramm fortsetzen, die Ansätze für Vereinssportstätten verdoppelt haben.

Überdies gibt das Land große Teile seiner Überschüsse über das Kommunalfördergesetz für Investitionen weiter, 600 Millionen in zwei Tranchen. Dass wir das in Zeiten der Klimakrise in Bovenden für Beton und Asphalt nutzen, statt in Photovoltaik, Netze, Speicher, energetische Sanierung, die künftige Haushalte und das Klima entlasten, ein Grund, den Haushalt abzulehnen. Dazu kommen knapp 500 Mio. für Energieinfrastruktur & ÖPNV, 200 Mio. für sozialen Wohnungsbau, Gelder für das Göttinger Klinikum, das Deutsche Theater, das Sinfonieorchester. All das zahlt auch auf die Attraktivität Bovendens ein.

Kommen wir zu den Betriebskosten. Mit mind. 250 Millionen Erhöhung für die Erstattung von Kitakosten kommen wir wieder auf den vereinbarten Landesanteil von 59%, dynamisch steigend. Es sei daran erinnert, dass die ganzen Rechtsansprüche für Kita und Ganztag von CDU und SPD im Bund stammen, nur hat der Bund das nie ausreichend bezahlt. Und die Abschaffung der Kitagebühren? Ein nicht ausfinanziertes Wahlkampfgeschenk, auch von CDU und SPD in Hannover. Verstehen Sie mich nicht falsch, Familien zu unterstützen ist richtig, aber ohne Gegenfinanzierung war das ein Bärendienst. Vor allem deshalb, weil wiederum SPD und CDU in Hannover und im Bund per Schuldenbremse verhindert haben, dass Bund und Land Kommunen auskömmlich finanzieren. Die SPD gesteht den Fehler inzwischen ein, die CDU Niedersachsen verteidigt die Schuldenbremse trotz der 500 Milliarden im Bund weiter, die Zeche zahlen seit Jahren die Kommunen.

Auch der Städte- und Gemeindebund hat dazu geschwiegen, dabei hat selbst Marco Trips, der Chef des NSGB, jüngst in einer Anhörung im Landtag zugestanden, dass wir uns in Deutschland auf Kosten der Kommunen ein Einnahmeproblem gönnen, indem wir den enormen Reichtum im Land nicht angemessen besteuern, Grüße an CDU und SPD in Berlin und zuvor an die FDP.

Liebe Kolleg:innen, SPD und Grüne im Land holen ihre Hausaufgaben nach, das wollte ich hier gern gerade rücken. Wenn der Landkreis nun auch mal in sich gehen würde und der Bund die 500 Milliarden Investitionen in Klima und Infrastruktur nicht zweckentfremdet, wir könnten entspannter haushalten.

Nun zu Bovenden, ja, hier lebt es sich gut, Infrastrukturen sind in Ordnung, der Abnutzungsgrad gering, das ist loblich. Zugleich, der Preis hierfür ist zu hoch, wenn man Ausgaben gegen Einnahmen rechnet. Denn dass Bovenden eine im Vergleich im Kreis und mit ähnlichen Kommunen so exorbitant hohe Schuldenlast trägt, ist nicht mit dem Land erklärbar. Lagen die Schulden pro Kopf zwischen 2013 und 2017 relativ konstant um 1.400 Euro, so ist diese unter Bürgermeister Brandes von 1400 Euro auf 2.500 Euro angestiegen, Tendenz sehr stark steigend. Platz 51 im Land Niedersachsen, Platz 2 im Landkreis. Nur Göttingen hat höhere Schulden. Dort ist allerdings die Gewerbesteuer, anders als in Bovenden, um über ein Drittel

eingebrochen und erholt sich nicht. Und doch hat man sich in Bovenden über 15 Jahre eine konstant niedrige Gewerbesteuer gegönnt, ohne freie Flächen zu haben im Übrigen. Bovenden ist mit dieser Politik die absolute Ausnahme. Wie bei den hohen Schulden auch. Jede schwäbische Hausfrau würde den Zusammenhang sehen.

Um es kurz zu machen, so richtig Investitionen und auch Schulden sind, Bovenden lebt seit Jahren weit über seinen Verhältnissen, Richtung 2028 laufen wir auf Liquiditätskredite, die absolute Ausnahme sein sollten, Richtung 10 Mio. Euro, im Kernhaushalt steigt die Verschuldung auf 40 Millionen Euro. Ja, das zahlt auf die Bilanz ein, aber, Zinsen, Schulden, Abschreibungen – der Haushalt ist überhitzt.

Und wenn die hohen Investitionen in die Feuerwehr und die Sporthalle in den Büchern stehen, wird es immer schwerer, gegen den Wertverzehr anzuinvestieren. Und was fällt der Gruppe dazu ein? Ausgerechnet dort zu sparen, wo es am unvernünftigsten ist: Mal wieder beim Klimaschutz. Ich verstehe ja, dass man im Wahlkampfjahr allen alles versprechen will, Feuerwehr, Sportverein, alles wichtige Investitionen in die Zukunft, in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Klima selbst hat keine Wählerstimme, also wird dort gespart. Bei der Sanierung des Rathauses etwa – und ihr folgender Antrag ist der Versuch, diesen Rat für dumm zu verkaufen – bei immer nur begrenzten Investitionen in Photovoltaik, obwohl sich beide Maßnahmen selbst refinanzieren, künftig Einnahmen sichern und das Klima schützen.

Liebe Ratskolleg:innen, das kann man niemand erklären. Und dass mit einer eher mutlosen Aufstockung bei der PV-Anlage am Klärwerk auszugleichen, wo es wirklich mutige, sich selbst finanzierende Investitionen bräuchte, das ist in Anbetracht der ambitionierten Klimaziele zu wenig. Wo sind mutige Investitionen in Wind, PV oder Nahwärme, mit Reyershausen etwa steht und fällt das Wärmekonzept. Und dann schaffen Sie auch noch Fahrzeuge mit langen Laufzeiten an, die Diesel tanken, langfristig teurer sind und länger laufen werden, als das Klimaschutzkonzept erlaubt. Auch hier fehlen echte Ansätze.

Dabei ist das Delta, das wir schließen müssen, groß und die Möglichkeiten begrenzt. Ein Delta, dass noch größer wird durch die negative Klimawirkung der Area 3 Ost, ihr größtes Risiko im Portfolio, hohe Anwaltskosten, weil sie es einfach nicht gerichtsfest hinbekommen. Noch fataler, der Zweckverband erschließt, anders als im selbst vorgelegten Umweltbericht, bevor Ausgleichsmaßnahmen wirken, wie überhaupt die vorgeschlagenen Maßnahmen vor jedem Baubeginn hätten liegen müssen.

Kurzum, beim Klimaschutz bleibt der Flecken hinter seinen Möglichkeiten, bitter, weil die Gemeindewerke gar nicht erst richtig anfangen, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Statt Klimaschutz bekommt Bovenden von Ihnen Betonpolitik, Investitionsmittel fließen in Straßen, statt in Solarzellen und dort, wo sie investieren, Beispiel Fahrzeuge, Beispiel Heizung im Klärwerk, alles fossil. Dabei wäre eine Wärmepumpe im Klärwerk ökologischer und ökonomischer Goldstandard gewesen, aber schon da reichte dann das Geld nicht oder der Mut oder beides.

Kurzum, einem Haushalt, der allen alles verspricht, beim Klimaschutz spart, der mit langem Anlauf überhitzt, dem werden wir unsere Stimme nicht geben. Und ich prophezeie uns und Ihnen heute, dass wir nach der Kommunalwahl ein böses Erwachen erleben können, so wie im Bund bereits, als CDU und SPD schon vor der Wahl klar war, dass es nach der Wahl gar nicht so weitergehen kann.

Und das sind und bleiben Gründe, warum wir diesem Haushalt, wie denen davor, unsere Zustimmung verweigern, weil bei allem Lob für Investitionen hier Maß und Mitte verloren gegangen sind, nur um es allen recht zu machen außer dem Klima und den Haushaltsberatungen kommender Räte. Dennoch mein Dank an Verwaltung, auch an die Kameraden der Feuerwehr, mein Dank an die vielen Vereine, die Bürgerstiftung, alle ehrenamtlich Tätigen und als Sportpolitiker an den BSV Bovenden, der beim Ganztag mutig vorangeht. Hier hätten wir uns vor allem Transparenz und vernünftige Beratung seitens SPD und CDU gewünschte und vor allem die frühe Beteiligung Betroffener durch die Verwaltung.

Zuletzt, keinem der Genannten fallen wir in den Rücken, wenn wir den Haushalt ablehnen. Die CDU in Hannover lehnt jeden Haushalt in Hannover ab und steht trotzdem hinter der Polizei, Schulen, dem Sport. Der Vorwurf bleibt unredlich. Warum wir ablehnen resultiert aus der Verantwortung für künftige Haushalte und Ehrlichkeit ggü. den Wähler:innen.

Es ist der letzte Haushalt vor den Kommunalwahlen und klar ist, es kann und wird nicht so weitergehen bei den Einnahmen und Ausgaben und es wäre fair, Sie würden vor der Kommunalwahl erklären, ob Sie künftig an die kommunalen Steuern rangehen oder Investitionen streichen oder strecken. Solange Sie allen alles versprechen, das nicht offen klären und beim Klima sparen, sind wir nicht an Bord!